



Kiel, 27.5.2016

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung der Polizeien im Verbund der norddeutschen Küstenländer

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 18/4064

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Landesvorstands der DPoIG Schleswig- Holstein danke ich Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die DPoIG begrüßt ausdrücklich die Absicht, ein gemeinsames Rechen- und Dienstleistungszentrum zur Telekommunikationsüberwachung der norddeutschen Küstenländer zu errichten und betreiben.

Hierbei handelt es sich um ein absolutes Spezialgebiet polizeilicher Arbeit. Sowohl das Fachwissen als auch die Technik in jedem Bundesland vorzuhalten stößt bereits jetzt an die faktischen Grenzen. Länderübergreifende Kooperationen sind in derartigen Fällen aus Gründen der Effizienz sinnvoll und anzustreben.

Torsten Gronau
Landesvorsitzender